



## N i e d e r s c h r i f t

über die 9. Sitzung des Rates - Fortsetzungstermin des Rates der Stadt Monheim am Rhein  
vom 28.10.2010  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Robert Helpenstell  
Herr Karl König  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Herr Andreas Piana  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Jens Timmermann  
Herr Sven Timmermann  
Frau Sabine Weber

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak  
Herr Jens Geyer  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia  
Herr Thomas Heinen

Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlöber  
Herr Alexander Schumacher

ab Beratung zu TOP 4

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

**MfM**

Frau Lilo Friedrich

**Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Herr Martin Frömmer  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Mittmann  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Heinz-Jürgen Goldmann                      entschuldigt  
Herr Bruno Kosmala                                   entschuldigt

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Dr. Doris Schröder-Weber                   entschuldigt

**von der Verwaltung**

Frau Annette Berg                                   entschuldigt  
Frau Gisela Herforth                               entschuldigt  
Herr Gerhard Mühler                               entschuldigt  
Herr Georg Thomanek                               entschuldigt

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein VIII/0336
4. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauung Baumberg-Ost" VIII/0410
5. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg Ost) der Stadt Monheim am Rhein VIII/0340/2  
- Beschluss erneute Offenlage
6. Bebauungsplan Nr. 57 B - Hauptstraße / Humboldtstraße / Fröbelstraße VIII/0346  
- Abwägung der eingegangene Anregungen  
- Satzungsbeschluss
7. Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 49.2 M "Körnerstraße" VIII/0320  
- Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 114M "Erweiterung Rathauscenter" 1. Änderung VIII/0350  
- Satzungsbeschluss
9. Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen VIII/0368
10. Abwasserbeseitigungskonzept VIII/0352
11. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NW (GO NW) - Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen vom 20.04.2010 VIII/0416
12. Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007" VIII/0361

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 13.   | Anpassung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen der Beteiligungsunternehmen der Stadt Monheim am Rhein                                     | VIII/0387/3 |
| 14.   | Verleihung des Integrationspreises 2010 der Stadt Monheim am Rhein  | VIII/0392   |
| 15.   | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -<br>- Ulla-Hahn-Haus  | VIII/0374   |
| 16.   | Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule<br>- Information zur Kostensituation                       | VIII/0327   |
| 17.   | Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien   | VIII/0402   |
| 18.   | Anfrage des Ratsherrn Kenzler - DIE LINKE - zu den Auswirkungen des Buslinienkonzeptes; ergänzt um den Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2010 | VIII/0417   |
| 19.   | Mündliche Mitteilungen  |             |
| 19.1. | Einladung zur Verleihung des Integrationspreises am 25.11.2010  |             |
| 20.   | Mündliche Anfragen  |             |
| 20.1. | Anfrage des Ratsherrn Große-Allermann - PETO- in Bezug auf Umleitungsschilder zum mona mare   |             |
| 20.2. | Anfrage des Ratsherren Brühland - CDU - zum Sitzungsplan für das Jahr 2011  |             |
| 20.3. | Anfrage des Ratsherrn Goller - SPD - bzgl. der Anfangszeiten zukünftiger Ratssitzungen  |             |
| 20.4. | Anfrage des Ratsherrn Köchling - PETO - in Bezug auf evtl. Schadstoffbelastungen in der Winrich-von-Kniprode-Schule                           |             |

### **SITZUNGSERGEBNIS:**

#### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen: Heinz-Jürgen Goldmann und Bruno Kosmala, beide CDU-Fraktion, und Frau Dr. Schröder-Weber, FDP. Frau Schlöber, SPD, wird verspätet an der Sitzung teilnehmen. Danach stellt der Bürgermeister die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist auf die an die Plätze verteilten Unterlagen hin. In die aus der letzten Sitzung vertagte Tagesordnung sei nochmals als Tagesordnungspunkt 2 die „Fragezeit für Einwohnere-rinnen und Einwohner“ aufgenommen worden. Zu TOP 11 wurde eine geänderte Vorlage erstellt, da nach der Vertagung aus der letzten Sitzung für die Angelegenheit „Offenhalten von Verkaufsstellen“ eine Dringliche Entscheidung notwendig wurde. Er bittet um Austausch der Vorlage VIII/0349 gegen die Vorlage VIII/0416.

Zusätzlich sei die Tagesordnung unter TOP 18 noch um eine Anfrage von den Linken ergänzt worden. Hierzu sei heute noch ein Antrag der SPD-Fraktion eingereicht worden, der auch an die Plätze verteilt wurde.

Der Rat stimmt der vorgelegten erweiterten Tagesordnung zu.

## **2 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

1. Herr Bossmann stellt 3 Fragen zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 (Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des FNP und 13. Änderung des FNP „Beschluss erneute Offenlage“:

a) Ist es richtig, dass die Mehrheit des Rates die Änderung des FNP in der vorgesehenen Form beschließen will und nicht auf den Kompromissvorschlag von Herrn Muhr und ihm eingehen möchte?

b) Was ist geplant, wenn für das Kirchengrundstück - falls ein Kauf möglich werde - eine deutlich höhere Entschädigung als 25.000 EUR zu zahlen sei? Sei dann geplant, dass Problem bis 2013 oder 2017 (Erklärung: andere Kündigungsfristen gemäß dem Pachtvertrag) zu verschieben? Ihm seien Informationen bekannt, wonach am Kielsgraben ein „Plan B“ verfolgt werden könnte. Dort könne die Stadt nach ihm vorliegenden Informationen Grunderwerb zu einem Preis von 3,00 EUR pro Quadratmeter erwerben.

c) Warum wird ohne Not das Risiko eingegangen, dass die Bürgerinitiative IGBBO, Herr Muhr und er dann nicht nur den Sportplatz sondern auch das Baugebiet in Gänze bekämpfen werden, obwohl dies vermeidbar wäre.

Anhand eine Plakates, das er gemeinsam mit Herrn Schirmer von der IGBBO entrollt, macht er deutlich, wie man sich diesen Kampf vorstelle. Das Plakat zeigt einen als Rauch aus einer Rohrleitung aufsteigenden Sensenmann. Sollten diese Plakate an den richtigen Stellen platziert werden, könne er sich nicht vorstellen, wie ein Investor die Grundstücksflächen dann noch vermarkten wolle. Es läge jetzt bei den Ratsmitgliedern, ob solche Plakate aufgestellt würden oder nicht.

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen:

a) Ob eine Ratsmehrheit die Änderung des FNP beschließen wolle, könne er erst nach der Sitzung beantworten. Außerdem solle heute nicht die Änderung des FNP, sondern eine erneute Offenlage beschlossen werden.

b) Der Bürgermeister erklärt, dass keine Entschädigungen für Erdbeerkulturen zu zahlen seien. Eine Verteuerung des Grunderwerbs sehe er nicht.

Die Alternative „Kielsgraben“ bestehe kurzfristig nicht. Die Flächenoption Kielsgraben werde durch die Verwaltung weiter entwickelt. Das Bebauungsplanverfahren werde fortgesetzt. Das habe allerdings nicht zur Folge, dass dort innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre Baurecht bestehen würde, denn das dortige Verfahren sei ungleich komplizierter als das in Baumberg-Ost. Die Alternative, im nächsten Jahr mit Bauarbeiten am Kielsgraben beginnen zu können, sei nicht gegeben.

c) Zu den durch Herrn Bossmann und die Bürgerinitiative angedrohten Maßnahmen, die über die ordnungsgemäßen zur Verfügung stehenden Mittel und Rechte hinaus angewandt würden, erklärt der Bürgermeister, dass es sich dabei um unlautere Mittel handele. Das alle nach der Gemeindeordnung zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft würden, um eigene Vorschläge durchzusetzen, sei nicht nur zulässig, sondern nachvollziehbar. Es zeuge allerdings von schlechtem Stil, wenn Mehrheitsbeschlüsse auf die präsentierte Art bekämpft würden, nur weil eigene Vorstellungen nicht zum Tragen gekommen seien.

2. Herr Hans-Ulrich Jensen, wohnhaft Im Rosengarten 4, beschwert sich über die Parksituation im Wohngebiet Im Rosengarten. Es seien eindeutig zu wenig Parkflächen ausgewiesen. Besonders für ältere Bewohner, die Einkäufe vom Fahrzeug in ihre Wohnung zu transportieren hätten, fehle es an Parkplätzen. Er bittet um Klärung, ob die Möglichkeit bestehe, weiteren Parkraum zu schaffen.

Der Bürgermeister sagt zu, dass sich die zuständigen Mitarbeiter in einem gemeinsamen Ortstermin ein Bild über die Situation verschaffen werden. Er erklärt, dass jedoch kaum damit zu rechnen sei, dass in diesem „jungen“ Baugebiet noch zusätzlicher Parkraum zur Verfügung gestellt werden könnte.

### **3 Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: VIII/0336**

Der Bürgermeister weist noch auf die in den Vorberatungen gemachten Anregungen und Ergänzungen zu der Verwaltungsvorlage hin. Es werde versucht, diese entsprechend umzusetzen. Dazu zählte u.a. das zusätzliche Aufstellen weiterer Müllgefäße, Schaffung einer Abgrenzung zwischen dem Vereinshaus des Kanu-Clubs und der neu ausgewiesenen Fläche und Überprüfung der Regelung nach einem Jahr.

#### **Beschluss**

Die „Erste Verordnung zur Änderung der „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Verordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**4           Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauung Baumberg-Ost" Vorlage: VIII/0410**

Die Beratung über den Kompromissvorschlag der Herren Muhr und Bossmann nach § 24 GO NW hinsichtlich der räumlichen Festsetzung erfolgt gemeinsam mit der Beratung über den TOP 5.

Zu Beginn der Debatte macht der Sprecher der CDU-Fraktion deutlich, dass aus seiner Sicht heute zu diesem Thema nicht mehr viel gesagt werden müsse. In den vorangegangenen Beratungen seien alle Argumente und Gegenargumente umfassend ausgetauscht worden. Es sei deutlich geworden, dass in dieser Angelegenheit niemals ein gemeinsamer Nenner gefunden werde.

Weiterhin führt er aus, dass die durch die Verwaltung vorgelegten Zahlen und Berechnungen angezweifelt würden und dass die CDU-Fraktion weiterhin den Standort am Kielsgraben bevorzugen würde.

Für seine Fraktion erklärt er, dass man dem Kompromissvorschlag der Herren Muhr/Bossmann zustimmen werde. Sollte sich dafür keine Ratsmehrheit ergeben und die erneute Offenlage der 13. Änderung des FNP in der durch die Verwaltung vorgelegten Form zur Abstimmung gestellt, werde diese durch seine Fraktion abgelehnt.

Auch der Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen macht deutlich, dass man der Flächennutzungsplanänderung weiterhin skeptisch gegenüberstehe, insbesondere in Bezug auf das geplante Baugebiet. Auch der vorgelegte Kompromissvorschlag böte für sie keine Alternative, da seine Fraktion den Sportplatz ausdrücklich in Baumberg wolle. Deshalb stimme man diesem nicht zu.

Man hege allerdings die Hoffnung, dass man in einem erneuten Offenlegungsverfahren und anschließendem Abwägungsprozess zu neuen Erkenntnissen gelangen könne. Deshalb werde der Verwaltungsvorlage trotz aller Skepsis zugestimmt.

Der Sprecher der FDP-Fraktion teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage aus hinlänglich bekannten Gründen nicht zustimmen werde. Der vorlegte Kompromissvorschlag der Herren Muhr und Bossmann werde als durchaus positiv bewertet.

Da seine Fraktion aber weiterhin einen Sportplatz in Baumberg-Ost ablehne und dafür den Standort Kielsgraben bevorzuge, könne auch der Bürgeranregung nicht zugestimmt werden

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion nochmals eine intensive Abwägung der Einwendungen vorgenommen und man sich eingehend

mit dem Kompromissvorschlag auseinandergesetzt habe. Das habe zu dem Ergebnis geführt, dass man dem Kompromiss nicht zustimmen werde.

Erläuternd weist er auf das Bürgerbegehren hin, das sich für ein dezentrales Sportstättenkonzept ausgesprochen habe. Darin sei niemals von einem Sportplatz am Kielsgraben die Rede gewesen.

Mit der durch die Verwaltung vorgelegten Planung zum Sportplatzbau in Baumberg-Ost würde lediglich das Ergebnis des Bürgerbegehrens umgesetzt, dem der Rat mehrheitlich beigetreten sei.

Der erneuten Offenlage der Flächennutzungsplanänderung werde seine Fraktion aus den hinlänglich bekannten Gründen zustimmen.

Ergänzend macht er auf den Vorschlag seiner Fraktion aufmerksam, wonach geprüft werden solle, ob zwischen der zukünftigen Wohnbebauung Hasholzer Grund und dem neuen Sportplatz ein landwirtschaftlicher Weg geschaffen werden könne, um den landwirtschaftlichen Belangen von Herrn Bossmann entgegenzukommen. Damit könne den Belangen von Herrn Bossmann zumindest teilweise Rechnung getragen werden.

Anschließend begründet die Sprecherin der PETO-Fraktion in einem umfassenden Redebeitrag, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, welche Gesichtspunkte und Gründe dazu geführt hätten, dass ihre Fraktion an dem beschlossenen Sportstättenkonzept und der damit verbundenen Planung zu Baumberg Ost festhalte und der erneuten Offenlage des Flächennutzungsplans zustimmen werde.

Der Prüfantrag der SPD auf Anlegung eines Wirtschaftsweg werde unterstützt.

Auf Grund der Vertagung des Tops aus der letzten Ratssitzung in den heutigen Fortsetzungstermin, werde beantragt, dass die Beschlussempfehlung dahin geändert wird, dass der Rat gemäß § 9 Abs. 4 Satz. 1 der Hauptsatzung die Entscheidungen des gesamten Bauleitverfahrens Baumberg Ost an sich zieht, um die entstandene zeitliche Verzögerung aufzuholen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion entgegnet:

1. Die Planung sei nicht durch Maßnahmen der IGBBO verzögert worden, sondern durch die bei der Planung gemachten Verfahrensfehler.
2. Das Bürgerbegehren zum Sportstättenkonzept habe keinen Sportplatz an der Wolfhagener Straße beinhaltet, sondern die Bezirkssportanlage sollte am bisherigen Standort bestehen bleiben.
3. Die behauptete parallele Planung von Baumberg-Ost und der Fläche am Kielsgraben werde nicht betrieben. Weil man dort den Sportplatz nicht haben wolle, werde die Planung dort nicht fortgeführt. Das habe nichts mit dem Kreis Mettmann zu tun.
4. Bezüglich der geplanten Bebauung Baumberg-Ost weist er u.a. mit Blick auf die SPD-Fraktion daraufhin, dass seine Fraktion auch nach dem Wahlkampf zu ihren Argumenten gestanden habe.

Die CDU-Fraktion werde dem Kompromissvorschlag zustimmen, weil sie immer für diesen Bereich Bebauung gewollt habe und man Planungsrecht schaffen wolle. Auch für sie stelle die Alternative einen Kompromiss dar, der aber Spielraum für die Zukunft böte. Außerdem glaube er, dass der Kompromissvorschlag eine



gesellschaftliche Befriedungsfunktion für viele Beteiligte habe.

Zu dem Vorwurf, dass die Verwaltung die Planung am Kielsgraben bewusst nicht weiter vorangetrieben habe, erwidert der Bürgermeister erklärend, dass zunächst zwingend ein Artenschutzgutachten abgewartet werden musste. Dafür seien Beobachtungen und Untersuchungen über eine gesamte Vegetationsperiode von einem Jahr notwendig gewesen. Das jetzt vorliegende Gutachten werde in die weiteren Planungen eingearbeitet.

Nachdem die Sprecherin der PETO-Fraktion auf die Ausführungen der CDU-Fraktion entgegnet hat, ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über die verschiedenen Punkte auf.

Frau Schlößer - SPD - nimmt ab 18:52 Uhr (zu der gemeinsamen Beratung über die TOP 4 und 5) an der Sitzung teil.

### **Beschluss**

Dem Kompromissvorschlag lt. Anlage von Herrn Muhr und Herrn Bossmann zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes anstelle der vorgelegten Planung wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen: 10 CDU, 2 FDP, 1 MfM  
25 Nein-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 BM

### **mehrheitlich abgelehnt**

## **5 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg Ost) der Stadt Monheim am Rhein - Beschluss erneute Offenlage Vorlage: VIII/0340/2**

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt erfolgte gemeinsam mit dem TOP 4 „Kompromissvorschlag der Herren Muhr und Bossmann nach § 24 GO NW“.

Vor der Abstimmung erfolgen Hinweise des Bürgermeisters zu den beantragten Änderungen bzw. Ergänzungen der Beschlussvorlage. Es handele sich um den Antrag der PETO-Fraktion, den Punkt 1 der Beschlussvorlage dahingehend zu ergänzen, dass der Rat gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung das komplette Bauleitplanverfahren an sich zieht und um den Vorschlag, der SPD-Fraktion, dass die Verwaltung beauftragt wird im weiteren Verfahren zu prüfen, ob ein zusätzlicher Wirtschaftsweg in die Planung eingearbeitet werden kann.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine getrennte Abstimmung über die Punkte.

### **Beschluss**

1. Der Rat zieht gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung das komplette Bauleitplanverfahren an sich.
2. Die 13. Änderung des Flächennutzungsplans wird erneut öffentlich ausgelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt im weiteren Verfahren zu prüfen, ob ein zusätzlicher Wirtschaftsweg in die Planung eingearbeitet werden kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zu Punkt 1. mit Ergänzung:

21 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 1 BM

17 Nein-Stimmen: 10 CDU, 2 FDP, 3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke

Zu Punkt 2.:

27 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 MfM, 1 BM

11 Nein-Stimmen 10 CDU, 1 Linke

Zu Punkt 3. (ergänzt):

37 Ja-Stimmen: 12 PETO, 10 CDU, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 MfM, 1 BM

1 Nein-Stimme: Linke

**mehrheitlich zugestimmt**

- 6** **Bebauungsplan Nr. 57 B - Hauptstraße / Humboldtstraße / Fröbelstraße**  
**- Abwägung der eingegangene Anregungen**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VIII/0346**

### **Beschluss**

1. Die Anregungen aus der Offenlage der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 13 zur Drucksache beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 57 B – Hauptstraße / Humboldtstraße / Fröbelstraße wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

**einstimmig zugestimmt**

- 7**      **Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 49.2 M  
"Körnerstraße"  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: VIII/0320**

**Beschluss**

Die Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 49.2M „Körnerstraße“ wird gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen. Der Satzung ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt.

**einstimmig zugestimmt**

- 8**      **Bebauungsplan Nr. 114M "Erweiterung Rathauscenter" 1. Änderung  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: VIII/0350**

**Beschluss**

Der Bebauungsplan Nr. 114M „Erweiterung Rathauscenter“, 1. Änderung wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt.

**Abstimmungsergebnis:**

32 Ja-Stimmen: 12 PETO, 10 CDU, 8 SPD, 1 MfM, 1 BM  
4 Nein-Stimmen: 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Linke  
2 Enthaltungen: FDP

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 32 Nein 4 Enthaltung 2**

- 9**      **Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Abänderung der Fristen bei der  
Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen  
Vorlage: VIII/0368**

**Beschluss**

Die „Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Abänderung der Fristen bei der

Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**10 Abwasserbeseitigungskonzept  
Vorlage: VIII/0352**

**Beschluss**

Der Rat beschließt das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Monheim am Rhein für den Zeitraum von 2011 bis 2016 und beauftragt die Verwaltung dieses bei der Bezirksregierung mit der Bitte um Genehmigung einzureichen. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltsplanes.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1  
Gemeindeordnung NW (GO NW) - Erlass einer Verordnung zur Änderung  
der Verordnung zum Offenhalten von Verkaufsstellen vom 20.04.2010  
Vorlage: VIII/0416**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt gem. § 60 Abs. 1 GO NW die dringliche Entscheidung des Bürgermeisters Herrn Daniel Zimmermann und des Rats Herrn Tim Brühlend vom 13.10.2010 zum Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 20.04.2010.

**Abstimmungsergebnis:**

34 Ja-Stimmen: 11 PETO, 10 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 1 MfM, 1 Linke

1 Gegenstimme: PETO

3 Enthaltungen: Bündnis 90/Die Grünen

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 34 Nein 1 Enthaltung 3**

**12 Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt  
Monheim am Rhein vom 19.12.2007"**

## **Vorlage: VIII/0361**

### **Beschluss**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist als Anlage 1 Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

## **13 Anpassung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen der Beteiligungsunternehmen der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: VIII/0387/3**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist auf Anlage 9, Seite 5 hin. Sie gibt die Anregung, dass die Formulierung wie folgt lauten sollte: Jedem Mitglied des Aufsichtsrates, den Gesellschaftern, den Geschäftsführenden und dem Beteiligungsmanagement der Stadt Monheim am Rhein ist eine Abschrift der Niederschrift spätestens eine Woche nach Erstellung der Niederschrift zu übersenden. Der letzte Satz könne dann entfallen.

Sie stellt die Frage, wie eng die auf Seite 5 in Absatz 9 festgelegte Verschwiegenheitsverpflichtung der Mitglieder des Aufsichtsrates auszulegen sei. Ihr sei es wichtig, auch Angelegenheiten aus den Aufsichtsratssitzungen mit ihrer Fraktion zu besprechen. Die Verwaltung erklärt, dass diese Frage jetzt nicht beantwortet werden könne, aber nach rechtlicher Überprüfung das Ergebnis mitgeteilt werde.

### **Beschluss mit Ergänzungen**

#### **1. Umsetzung des Transparenzgesetzes in den Beteiligungsunternehmen der Stadt Monheim am Rhein:**

a) Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der privatrechtlichen Beteiligungsunternehmen (Anlage 3: Beteiligungen 1 - 8), an denen die Stadt Monheim am Rhein unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen mit anderen Kommunen mit mehr als 50 % beteiligt ist, werden beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um auf die Umsetzung der Änderungen der Gemeindeordnung NRW durch das Transparenzgesetz hinzuwirken. Die Gesellschaftsverträge der privatrechtlichen Beteiligungen werden hierzu um den in der Anlage 4 aufgeführten Passus ergänzt.

b) Die Betriebsleitung der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein wird angewiesen, die Umsetzung der Änderung der Eigenbetriebsverordnung durch die Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Gemeindefinanzrechts vom 17.12.2009 umzusetzen.

c) Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass von den Geschäftsführern der Beteiligungsunternehmen, vor dem Hintergrund des Transparenzgesetzes, das Einverständnis zu einem Nachtrag zum bestehenden Arbeitsvertrag eingeholt wird.

d) Die vorgenannten Regelungen aus dem Transparenzgesetz sind in den Beteiligungsunternehmen so umzusetzen, dass erstmalig im Anhang des Jahresabschlusses 2010 die individualisierte Ausweisungspflicht der Bezüge ersichtlich ist.

## **2. Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) aufgrund einer Vorgabe der Bezirksregierung Düsseldorf:**

Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die in der Anlage 7 dargestellten Änderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen werden.

## **3. Anpassung der Gesellschaftsverträge / Satzungen der Mehrheitsbeteiligungen aufgrund der Synchronisierung dieser mit der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Monheim am Rhein:**

a) Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien (bzw. bei den Städtischen Betrieben der Stadt Monheim am Rhein die Betriebsleitung) werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Gesellschaftsverträge / Satzungen der Mehrheitsbeteiligungen im Hinblick auf die Synchronisierung mit der vom Rat am 03.12.2009 beschlossenen Beteiligungsrichtlinie angepasst werden (Siehe Anlage 9).

b) Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. Kg sowie der Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass ein Beschluss über die Anwendung der Teile der Beteiligungsrichtlinie erfolgt, die ohne eine Änderung des Gesellschaftsvertrages möglich sind.

## **4. Anpassung der Satzung der Städtischen Betriebe der Stadt Monheim am Rhein aufgrund von Änderungen der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen:**

Die Satzung zur 2. Änderung der "Betriebssatzung der Stadt Monheim am Rhein für den Eigenbetrieb 'Städtische Betriebe Monheim am Rhein' vom 10.11.2005" wird in der als Anlage 10 zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 10 ist Bestandteil des Beschlusses.

**Die Ergänzungen bzw. Änderungen bei Anlage 9 (auf Seite 5, Abs. 8; Seiten 20 und 21, § 19) sind Bestandteil des Beschlusses.**

**Seite 5, Abs. 8**

Satz 1 und 2 unverändert

Satz 3 lautet: *Jedem Mitglied des Aufsichtsrates, den Gesellschaftern, den Geschäftsführenden und dem Beteiligungsmanagement der Stadt Monheim am Rhein ist eine Abschrift der Niederschrift spätestens eine Woche nach Erstellung der Niederschrift zu übersenden.*

Satz 4 entfällt

**Seiten 20 und 21, § 19**

Änderungen entsprechend der in der Sitzung verteilten Tischvorlage

**einstimmig zugestimmt**

**14 Verleihung des Integrationspreises 2010 der Stadt Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/0392**

Ein Sprecher der FDP-Fraktion regt an, dass es bei einer jährlichen Preisverleihung schnell zu einem Automatismus kommen könne. Man solle überlegen, den Preis nur in besonderen Fällen und an besondere Personen zu verleihen.

Sowohl die Sprecherin der SPD-Fraktion als auch die der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass man heute die Vorlage positiv zur Kenntnis nehmen solle. Diese Vorlage sei nicht die richtige Grundlage, um über dieses Thema eine Grundsatzdiskussion zu führen. Sollte der Anregung gefolgt werden, müssten die Richtlinien geändert werden.

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim verleiht den Integrationspreis 2010 nach einstimmigem Beschluss der Jury und gemäß den Richtlinien zur Vergabe des Integrationspreises an:

Herrn Branko Mikic  
Gartzenweg 6  
40789 Monheim am Rhein

und an

Frau Slavica Dahmen  
Abteilung Flüchtlingshilfe des SKFM Monheim am Rhein e. V.  
Kath. Verein für soziale Dienste

Ernst-Reuter-Platz 2  
40789 Monheim am Rhein.

**einstimmig zugestimmt**

- 15**      **Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -  
- Ulla-Hahn-Haus  
Vorlage: VIII/0374**

**Beschluss**

Der Rat genehmigt die am 16.08.2010 getroffene Dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung

**einstimmig zugestimmt**

- 16**      **Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule  
- Information zur Kostensituation  
Vorlage: VIII/0327**

Die Verwaltung teilt auf Nachfrage mit, dass die den Ratsmitgliedern vorgelegten Informationen auf dem aktuellen Stand seien.

Der Rat nimmt die schriftlichen Informationen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**Im Gremium abschließend behandelt**

- 17**      **Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien  
Vorlage: VIII/0402**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion macht darauf aufmerksam, dass das Fraktionsmitglied Roland Gunia im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten weiterhin ordentliches Mitglied bleibe. Allerdings jetzt in seiner Funktion als Ratsmitglied.

**Beschluss**



Die Nachbesetzung der Ausschüsse und Gremien wird wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**18      Anfrage des Ratsherrn Kenzler - DIE LINKE - zu den Auswirkungen des Buslinienkonzeptes; ergänzt um den Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2010  
Vorlage: VIII/0417**

Der Bürgermeister begrüßt als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim, Herrn Hövermann. Er weist auf die umfangreiche Stellungnahme der BSM zu der Anfrage des Ratsmitglieds der Linken hin. Da die Anfrage der Linken als Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung stehe, sei der Antrag der SPD-Fraktion zulässig.

Die Sprecherin der Bündnis 90/Die Grünen weist auf die vergangenen Beratungen zum Buslinienkonzept hin, wonach die Auswirkungen der Änderungen beobachtet und darüber berichtet werden sollte. Sie fragt nach, ob und wann mit der Umsetzung zu rechnen sei. Bei solch gravierenden Änderungen sei eine Überprüfung und ggf. notwendige Anpassungen unbedingt erforderlich.

Herr Hövermann erläutert seine schriftlichen Ausführungen und erklärt ergänzend, dass für die Linie 777 eine längere Fahrzeit angeboten werden soll. Damit werde versucht, sehr kurzfristig auf ein erkanntes Probleme zu reagieren. Wie auch in anderen Fällen. Aber nicht alle Fahrplanprobleme, z. B. jene, die durch Großbaustellen verursacht würden, könnten durch Fahrplanänderungen beseitigt werden.

Das Ratsmitglied der Linken bedankt sich für die umfangreiche Ausarbeitung der BSM und begrüßt den durch die SPD-Fraktion gestellten Antrag zu diesem Thema.

Sprecher der Fraktionen von CDU und FDP loben übereinstimmend die Flexibilität sowie die schnelle und unbürokratische Handlungsweise mit der die BSM auf bekannte Probleme reagieren würde.

Die FDP-Fraktion erklärt zunächst, dass sie die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Fahrgastbefragung nicht unterstütze.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist nochmals auf die Beratungen zum Buslinienkonzept hin, wonach nach rund einem Jahr eine Überprüfung durchgeführt und anschließend ein Ergebnisbericht vorgelegt werden solle. Die Fahrgastbefragung bereits zum jetzigen Zeitpunkt, wie von der SPD beantragt, halte er für verfrüht, zumal die BSM derzeit versuche das Konzept zu optimieren. Die Befragung nach einem Jahr werde ebenfalls für sinnvoll erachtet.

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt aus, dass die Meinung seiner Vorredner zu

der Flexibilität der Bahnen geteilt werde. Dagegen halte er die Befragung nach einem Jahr für zu spät. Die Befragung müsse möglichst schnell durchgeführt werden, sollten auch die Fahrgäste erreicht werden, die nicht mit dem Konzept zufrieden seien. Fahrgäste, die wegen Unzufriedenheit aus dem ÖPNV ausgestiegen seien, würden sonst nicht mehr erreicht.

Seiner Fraktion ginge es darum, möglichst schnell Informationen zu erhalten, um auch möglichst schnell umsteuern zu können.

Abschließend schlägt er vor, damit über den sehr kurzfristig eingereichten Antrag umfassend beraten werden könne, diesen in die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zu verweisen.

Während des Vortrages des Redners der SPD-Fraktion meldete sich die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einem Geschäftsordnungsantrag.

Nach Beendigung des Redebeitrags erklärt sie, dass sie beantragen wolle, die Beratung über den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen. Sie halte es für notwendig, dass dort über die Gesamtsituation berichtet werde. Die Diskussion gerade habe deutlich gemacht, dass viele Detailfragen zum Buslinienkonzept zu klären seien.

Der Bürgermeister klärt die Antragstellerin unter Hinweis auf die Geschäftsordnung auf, dass, falls sie einen Antrag auf Ende der Aussprache oder Schluss der Rednerliste stellen wollen, dies nicht möglich sei, da sie sich im Vorfeld inhaltlich an der Beratung beteiligt habe. Die Antragstellerin verzichtet.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion schlägt nach Zusammenfassung der für ihre Fraktion wichtigen Punkte vor, dass auch sie beantragen wolle, den Antrag zur Beratung in den nächsten Planungsausschuss zu vertagen. Sie sei auch der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Befragung nicht zu stichhaltigen Ergebnissen führen werde. Es lägen noch keine ausreichenden Erfahrungswerte vor. Im Ausschuss könne man, nach Vorlage einer Kostenermittlung, entscheiden, ob die Erhebung durch ein externes Institut oder durch die BSM selbst vorgenommen werden solle.

Zum Abschluss hält der Bürgermeister fest, dass die Anfrage der Linken durch die schriftliche Antwort der BSM abschließend beantwortet sei und dass der Antrag der SPD-Fraktion zur Beratung in den nächsten Planungsausschuss im kommenden Jahr vertagt werden soll.

**Abstimmung über den Vertagungsantrag:  
einstimmig**

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2010 wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen verwiesen.

Wortlaut des Antrages:

Die Geschäftsführung der Bahnen der Stadt Monheim am Rhein lässt mittels einer objektiven Befragung durch ein außenstehendes Institut eine Zufriedenheitsstudie zum neuen Linienkonzept durchführen.

Das Ergebnis ist dem Rat zur Kenntnis zu geben.

Diese Evaluation dient als Grundlage für eine eventuelle Korrektur der durchgeführten Veränderungen.

## **19 Mündliche Mitteilungen**

### **19.1 Einladung zur Verleihung des Integrationspreises am 25.11.2010**

Frau Warden lädt die Ratsmitglieder zu der Verleihung des Integrationspreises am 25.11.2010 in den Ratssaal ein.

## **20 Mündliche Anfragen**

### **20.1 Anfrage des Ratsherrn Große-Allermann - PETO- in Bezug auf Umleitungsschilder zum mona mare**

Das Ratsmitglied der PETO-Fraktion erklärt, dass ihm bekannt geworden sei, dass durch die Baustelle des Kreisverkehrs an der Oranienburger Straße auswärtige Besucher den Weg zum mona mare nicht finden würden.

Ein Ratsmitglied der CDU-Fraktion erklärt, dass zwischenzeitlich entsprechende Umleitungs- bzw. Hinweisschilder zum mona mare aufgestellt wurden.

### **20.2 Anfrage des Ratsherren Brühland - CDU - zum Sitzungsplan für das Jahr 2011**

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt an, wann mit dem Sitzungsplan für das Jahr 2011 zu rechnen sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dieser z. Zt. intern - mit Rückmeldefrist bis 02.11.- abgestimmt werde. Danach werde er den Fraktionsvorsitzenden zur Abstimmung vorgelegt werden. Im Anschluss daran werde er den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

### **20.3      Anfrage des Ratsherrn Goller - SPD - bzgl. der Anfangszeiten zukünftiger Ratssitzungen**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass er und seine Fraktion die durch den Bürgermeister geplante Änderung der Anfangszeiten der Ratssitzungen auf 16:00 Uhr unterstützen werde.

In diesem Zusammenhang regt er an, diese frühere Anfangszeit auch für künftige Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen festzulegen.

Er weist ergänzend auf einen Beschluss des Rates hin, mit dem die Anfangszeit von ursprünglich 17:00 Uhr auf die derzeit gültige Zeit von 18:00 Uhr festgelegt wurde.

Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und erklärt, den damaligen Ratsbeschluss auf seine rechtliche Bindung zu überprüfen. Ggf. würde ein Änderungsbeschluss herbeigeführt.

Ein Sprecher der Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass er einer vorgezogenen Anfangszeit des Rates auf 16:00 Uhr zustimmen könne, allerdings nicht dem früheren Beginn von Ausschusssitzungen. Für den Planungsausschuss könne er sich stattdessen eine kürzere Sitzungsfolge vorstellen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt unter Hinweis auf Berufstätigkeit und Selbständigkeit, dass für ihre Fraktion einer Anfangszeit von 16:00 Uhr nicht machbar sei und sie deshalb dringend davon abrate. Alternativ sollten mehr Sitzungen einberufen werden.

Der Bürgermeister erklärt zum Abschluss, dass dieses Thema im interfraktionellen Gespräch zur Abstimmung vorgelegt werden solle.

### **20.4      Anfrage des Ratsherrn Köchling - PETO - in Bezug auf evtl. Schadstoffbelastungen in der Winrich-von-Kniprode-Schule**

Ein Sprecher der PETO-Fraktion fragt nach, ob es zutreffend sei, dass es nach der

Sanierung der Winrich-von-Kniprode-Schule zu Problemen mit dem dort eingebauten Holz gekommen sei. Er fragt nach, um welche Art der Probleme es sich handele es sich und ob diese zwztl. gelöst worden seien.

Der Bürgermeister führt aus, dass es in dem neu errichteten Anbau zu Belastungen der Raumluft gekommen sei. Im neuen Anbau der Hermann-Gmeiner-Schule sie das gleiche Problem aufgetreten. Dabei habe es sich nicht um Schadstoffe im engeren Sinne gehandelt. Aus den verbauten Hölzern würden Öle und Harze ausdünsten. Die Räume werden im Rahmen der Gewährleistung durch das zuständige Bauunternehmen mit Be- und Entlüftungssystemen ausgestattet, so dass dadurch das Grenzwerteproblem gelöst werden könne.

Nach einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren löse sich dieses Problem von selbst, da dann die Harze ausgetrocknet seien und keine Stoffe an die Raumluft mehr abgegeben würden.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin